



LÄNDER-DOSSIER

Demokratieförderung im Übergangssystem in Schleswig-Holstein

Bestandsaufnahme und Potenziale

FACHSTELLE DEMOKRATIEFÖRDERUNG IM ÜBERGANGSSYSTEM



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG



DGB
BILDUNGSWERK **BUND**



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Das Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ besteht aus dem Kumpelverein, Minor und dem DGB Bildungswerk BUND. Es entwickelt 2020 bis 2024 auf Bundesebene im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ Modelle der Demokratieförderung in der beruflichen Bildung systematisch weiter. Dabei bezieht es alle Sektoren der Berufsbildung mit ein, also betriebliche und schulische Ausbildung, die Praxisphase im dualen Studium sowie das Übergangssystem.

Minor verantwortet im Bereich „Demokratieförderung im Übergangssystem“ die bundeszentrale Vernetzung, Beratung, Qualifizierung, Analyse, Konzeptentwicklung und Publikation im Übergangssystem und arbeitet dazu mit diversen Akteuren zusammen. Dazu zählen Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, Akteure im Übergangssystem, pädagogisches Fachpersonal, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Träger im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Jugendverbände, Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Jugendliche im Übergangssystem.

Mehr Informationen unter:

www.minor-kontor.de/demokratieforderung-im-uebergangssystem.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Die Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ ist ein Projekt von:

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
www.minor-kontor.de



Autorinnen: Marlene Leisenheimer, Tanja Berg
Gestaltung: ultramarinrot

Dezember 2022
Aktualisierte Version 2023

LÄNDER-DOSSIER

Demokratieförderung im Übergangssystem in Schleswig-Holstein

Bestandsaufnahme und Potenziale

Inhalt

1. Einleitung	6
1.1 Der Übergangsbereich	6
1.2 Warum braucht es Demokratieförderung im Übergangsbereich?	8
2. Der Übergangsbereich in Schleswig-Holstein	9
3. Einzelne Bildungsangebote in Schleswig-Holstein und Ansätze von Demokratieförderung	11
3.1 Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH)	11
3.2 Berufsintegrationsklassen „Deutsch als Zweitsprache“ (BIK-DaZ-Klassen)	12
3.3 Berufsfachschule Typ I	12
3.4 Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	13
3.5 Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB)	14
3.6 Einstiegsqualifizierung (EQ)	14
3.7 Weitere Ansätze der Demokratieförderung	15
4. Potenziale für mehr Demokratieförderung	17
Literaturverzeichnis	18

1. Einleitung

Minor ist mit der Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ Teil des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ und verantwortet die bundeszentrale Vernetzung, Beratung, Qualifizierung, Analyse, Publikation und Kompetenzentwicklung zum Thema Demokratieförderung im Übergangsbereich¹. Die Fachstelle arbeitet mit Multiplikator*innen, Fachpersonal und jungen Erwachsenen zusammen. Ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist die Auseinandersetzung mit den Ansätzen und Potenzialen der Demokratieförderung in den Übergangsbereichen der einzelnen Bundesländer, wobei länderspezifische Dossiers erstellt werden. Die Ergebnisse der Recherchen zu Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt sind bereits erschienen².

In diesem Papier werden die strukturellen Rahmenbedingungen des Übergangsbereiches in Schleswig-Holstein untersucht, einschließlich seiner besonderen Merkmale und Angebote für Demokratieförderung. Es wird analysiert, welche Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bestehender Angebote und zur Zusammenarbeit verschiedener Akteure bestehen.

1.1 Der Übergangsbereich

Der Übergangsbereich bildet zusammen mit dem dualen System und dem Schulberufssystem das berufliche Ausbildungssystem. Es handelt sich dabei um eine Reihe institutionalisierter, aber sehr heterogener Angebote, Maßnahmen und Bildungsgänge, welche in der Regel für ein Jahr konzipiert sind. Gemeinsam ist diesen Bildungsgängen, dass sie meist keinen Berufsabschluss vermitteln, sondern auf die Verbesserung von Kompetenzen und somit auf den Beginn einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen. In einigen wenigen Maßnahmen des Übergangsbereiches ist es möglich, einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachzuholen.

Bundesweit sind die Zahlen der Neuzugänge in die drei Sektoren der beruflichen Ausbildung seit Jahren rückläufig und haben 2021 mit 900.000 Neuzugängen einen neuen Tiefpunkt erreicht. Auch der Übergangsbereich ist mit Ausnahme eines Anstiegs 2015/16 seit 2005, gemessen an der Zahl der Einmündungen, durchweg kleiner geworden (Bundesinstitut für Berufsbildung o.D.). 2005 entfielen noch 36 % der Neueinmündungen in das berufliche Ausbildungssystem auf den Übergangssektor, 2014 lag der Anteil bei nur 27 %, bis er 2015/16 auf rund ein Drittel Anstieg. Seit 2019 blieb der Anteil der Neueinmündungen relativ stabil bei 26 % (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2022). Aufgrund der Corona-Pandemie haben viele Jugendliche keine Ausbildung aufgenommen und waren auch nicht als ausbildungsplatzsuchend gemeldet, was bedeutet, dass ein Teil der Jugendlichen ohne Ausbildung nicht erfasst wurde. In den nächsten Jahren werden diese Jugendlichen zusammen mit den regulären Schulabgänger*innen um die verfügbaren Ausbildungsplätze konkurrieren, was zu einem Anstieg der Einmündungen in Bildungsgänge des Übergangsbereichs führen wird, sofern das Angebot an Ausbildungsplätzen stabil bleibt (Eckelt 2021, 46f.).

-
- 1 Von nun an wird das Übergangssystem als Übergangsbereich bezeichnet, außer es ist explizit von der „Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem“ die Rede. Damit wird die Kritik an der Einstufung als System aufgegriffen. Ein System suggeriere Übersichtlichkeit und Effizienz, die im Übergangsbereich nicht zu beobachten seien (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 95).
 - 2 Die Expertisen zu den einzelnen Bundesländern sind auf der Projekt-Website abrufbar: <https://minor-kontor.de/demokratiefoerderung-im-uebergangssystem>.

Die meisten Neuzugänge in den Übergangsbereich waren 2020 Personen mit nur einem (2020: 44%) oder keinem ersten Schulabschluss (2020: 70%) (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2022, 168). Im Jahr 2022 ist der Übergangsbereich erstmals seit 2016 wieder größer geworden. Rund 239.000 junge Menschen (2021: 228.140) mündeten in ein Bildungsprogramm im Übergangssektor ein (Destatis 2023). Besonders angestiegen ist dabei der Anteil der ausländischen Jugendlichen um 22% gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 81.000 Personen. Zurückzuführen ist das laut Destatis auf die ukrainischen Jugendlichen, die aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine nach Deutschland zugewandert sind und hier an Programmen zum Erlernen der deutschen Sprache teilnehmen (ebd.).

Mehr als die Hälfte der Expert*innen, die in einer Delphi-Befragung der Bertelsmann-Stiftung zu Wort kommen, geht davon aus, dass der Übergangsbereich weiterhin bestehen wird (Bertelsmann Stiftung und Deutsche Kinder- und Jugendstiftung 2022, 22). Ihm komme eine zentrale Rolle bei der Erhöhung der Ausbildungschancen für viele junge Menschen zu. Die Aufnahme einer Ausbildung führe nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene zu einer Stabilisierung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft, sondern auch auf individueller Ebene zu mehr beruflichen Perspektiven und mehr Resilienz. Eine Ausbildung könne zudem ein wichtiges Element der persönlichen Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung sein (Bertelsmann-Stiftung, 23). Die Befragung kam jedoch auch zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit (90%) der Befragten Verbesserungspotenzial in der Berufsorientierung sieht, um die Übergangschancen zu verbessern. Dabei sei kontinuierliche und individuelle Begleitung der jungen Menschen ein zentrales Element eines gut gelingenden Übergangs Schule-Beruf (ebd.). Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist also von vielen Unsicherheiten geprägt und stellt für viele junge Erwachsene, insbesondere Jugendliche aus prekären Lebenslagen, eine kritische Phase dar. Sie befinden sich in einer Zeit der beruflichen Orientierung und stellen sich unter Umständen zudem die Frage nach ihrem Platz in der Gesellschaft. Auch sind die Teilnehmenden im Übergangsbereich eine heterogene Gruppe mit verschiedenen sozial-ökonomischen Hintergründen, aus verschiedenen Altersgruppen und mit verschiedenen Sprachniveaus, Vorkenntnissen und Kompetenzen. Jugendliche, die in Maßnahmen des Übergangsbereiches einmünden, haben oft Erfahrungen des Scheiterns in konventionellen schulischen Kontexten gemacht. Dies ist mitunter verbunden mit negativen Zuschreibungen. Der Monitor Ausbildungschancen 2023 der Bertelsmann Stiftung (Dohmen et al. 2023, 8) zeigt, dass vor allem Schulabgänger*innen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss vermehrt keine Aufnahme in eine Ausbildung gelingt und sie in den Übergangsbereich einmünden. Es ist laut dem Monitor zu erwarten, dass sich die beruflichen Perspektiven für Jugendliche mit niedriger Schulbildung in den nächsten Jahren noch verschlechtern werden (ebd., 8f).

Der Übergangsbereich kann aufgrund dieser Charakteristika für die Teilnehmer*innen mit Stigmatisierung und Unsicherheit verbunden sein. Zurzeit ist er in dieser Hinsicht kompensatorisch ausgelegt und fokussiert sich vor allem auf individuelle Problemlagen, die durch sozial benachteiligende und exkludierende Mechanismen hervorgerufen werden (Enggruber et al. 2021). Anstelle einer defizitorientierten Herangehensweise sollte der Übergangsbereich jedoch die Stärken der jungen Menschen in den Mittelpunkt setzen und individuell fördern – und zugleich die strukturellen Defizite eines nicht-inklusive Schulsystems stärker in den Blick nehmen. Dadurch könnte der Übergangsbereich, auch von den jungen Menschen selbst, als Chance betrachtet werden. In der Forschung besteht breiter Konsens darüber, dass sich die Teilnahme an Maßnahmen des Übergangsbereiches positiv auf Ausbildungsübergänge auswirken kann (Michaelis et al. 2022). Eine inklusivere und partizipativere Ge-

staltung des Übergangsbereiches, verbunden mit Anerkennung für die Leistungen und Kompetenzen der jungen Menschen bei der Bewältigung ihrer oft komplizierten Lebenslage, könnte die Nützlichkeit für die Teilnehmenden weiter erhöhen.

1.2 Warum braucht es Demokratieförderung im Übergangsbereich?

Wir verstehen Demokratieförderung nicht nur als ein Erlernen demokratischer Regeln und Systeme, sondern vielmehr als den Ausbau demokratischer Strukturen, Verhältnisse und Haltungen. Dazu gehört es, demokratische Verfahren, Regeln und Institutionen zu kennen, aber vor allem soll auch ein demokratisches Verhalten auf individueller Ebene gefördert werden. Dafür brauchte es die Kompetenz, auf demokratische Weise zu kommunizieren, zu gestalten und zu entscheiden. Aus praktischen Erfahrungen von Demokratie entstehen Selbstwirksamkeitserfahrungen und Empowerment, die die eigene Handlungsfähigkeit fördern. Außerdem ist es notwendig, sich mit strukturellen Bedingungen sowie kollektiven Einstellungsmustern auseinanderzusetzen, die mit demokratischen Werten und Grundsätzen in Konflikt stehen. Eine demokratische Form der Bildung geht mit einer kompetenzorientierten Bildung Hand in Hand. Demokratieförderung im Übergangsbereich kann dazu beitragen, dass die Teilnehmenden entgegen den Stigmatisierungen ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Bildungssystem sowie in der Gesellschaft besser begreifen. Dafür sollten ihre eigenen Interessen gestärkt und Wege zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt werden.

Hinzu kommt, wie bereits vielfach konstatiert wurde (Vodafone Stiftung Deutschland 2022; Calmbach et al. 2020; Achour und Wagner 2019), dass junge Menschen mit formal geringer Bildung tendenziell seltener von politischer Bildung erreicht werden als ihre Altersgenoss*innen mit formal hoher Bildung. Auch das kann dazu beitragen, dass sie ihre eigene Selbstwirksamkeit und Handlungsmacht geringer einschätzen. Der Übergangsbereich, in den überdurchschnittlich viele junge Menschen mit formal geringer Bildung einmünden, ist daher ein besonders wichtiger Ort für mehr politische Bildung und mehr Demokratieförderung. Denn Schulen sind ein zentraler Ort für Demokratieförderung. Und der Übergangsbereich ist mitunter die letzte schulische Struktur, in welcher junge Menschen sich aufhalten, bevor sie ins Arbeitsleben einmünden. Ihm kommt daher eine besondere Rolle zu und es ist besonders wichtig, vorhandene Strukturen politischer Bildung im Übergangsbereich auszubauen und Demokratieförderung zu stärken.

So kann den Lernenden einerseits durch den Ausbau demokratischer Strukturen im Übergangsbereich dabei geholfen werden, eigene Selbstwirksamkeit und Teilhabe zu erfahren. Andererseits kann eine stärker ressourcenorientierte Bildungsarbeit bei der Herausbildung demokratischer Grundkonzepte wie einer selbstreflexiven Haltung oder gegenseitiger Anerkennung und Verständnis unterstützen. Die Heterogenität und Pluralität der Lernenden und ihrer Einstellungsmuster stellen im Übergangsbereich eine wertvolle Ressource und Ansatzpunkt für die Demokratieförderung im Sinne der oben angesprochenen Kompetenzstärkung dar, denn „die Auseinandersetzung mit Heterogenität ist immer auch mit Herrschafts- und Machtfragen und mit gesellschaftlichen wie institutionellen Strukturen verbunden [...]. Es gilt daher nicht nur die Heterogenität der Lerngruppen einzubeziehen und ihre jeweilige Subjektivität anzuerkennen, sondern auch Heterogenität als fachlichen Inhalt einer politischen und sozialwissenschaftlichen Bildung in den Blick zu nehmen.“ (Bonfig und Scaramuzza 2021, 12)

2. Der Übergangsbereich in Schleswig-Holstein

Der Übergangsbereich von Schleswig-Holstein ist im bundesweiten Vergleich groß. Im Schuljahr 2021/22 mündeten insgesamt 10.356 junge Menschen in den Übergangsbereich ein, was fast 30% aller Einmündungen in das berufliche Ausbildungssystem ausmacht (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung 2022). Das spricht zum einen für berufsbildungspolitische Probleme, gleichzeitig ist damit eine Chance verbunden. Der Übergangsbereich kann den Teilnehmenden attraktive Übergänge in Ausbildung und Beruf ermöglichen und sie als demokratiefähige Persönlichkeiten stärken.

Vor einer Betrachtung dessen, wie dies bisher gelingt, noch einige Anmerkungen zu den Besonderheiten des Übergangsbereiches von Schleswig-Holstein. Im Jahr 2007 wurde den berufsbildenden Schulen die Möglichkeit eröffnet, sich zu selbstständigen Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ oder BBZ) weiterzuentwickeln. Die Schulen wurden damit als rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts in ihrer Eigenständigkeit, ihren Anpassungsleistungen und ihrer Organisationsentwicklung gestärkt. Die RBZ haben große Gestaltungsmöglichkeiten, die ihnen eine aktive Weiterentwicklung und Anpassung des Angebots an den Bedarf der Region erlauben. Ein RBZ ist neben einem Anbieter staatlicher Bildung und beruflicher Weiterbildung auch ein Träger von Maßnahmen und Projekten für den Übergang Schule-Beruf (Fünderich et al. 2021, 24f). Im September 2022 gab es in Schleswig-Holstein 19 Regionale Berufsbildungszentren und 16 berufsbildende Schulen. Der Übergang zwischen Schule und Beruf sowie die Unterstützung von Jugendlichen im Berufsfindungsprozess gehören zu den Aufgaben der RBZ (Landesportal Schleswig-Holstein 2022).

Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, wurden zudem im Jahr 2016 Jugendberufsagenturen (JBA) eingerichtet. Unter dem Dach der JBA schließen sich die regionalen Akteure im Übergangsbereich, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die Kommune bzw. Stadt zu einer Kooperationsgemeinschaft zusammen und werden dabei von regionalen Partnern wie Schulen, Eingliederungshilfe oder Beratungsstellen unterstützt. Dieser Zusammenschluss soll unnötige Warteschleifen für Jugendliche sowie Doppelstrukturen verhindern. Im Jahr 2021 waren JBA in elf Kreisen und kreisfreien Städten mit 20 Standorten vertreten (Fünderich et al. 2021, 25f). Jugendberufsagenturen sind geeignete Anlaufstellen für Jugendliche, die sich beim Übergang von der Schule in den Beruf mehr Unterstützung, Beratung und Begleitung wünschen. Sie können junge Ausbildungssuchenden durch individuelle Begleitung dabei unterstützen, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz realistisch einzuschätzen und sie ermutigen, sich trotz womöglich bestehender Sorgen vor Misserfolg angemessen zu bewerben. Dies kann dazu beitragen, Passungsprobleme zu verringern und die Ausbildungsnachfrage zu erhöhen (Wieland 2021).

Zusammenfassend können die Angebote des Übergangsbereiches in Schleswig-Holstein folgendermaßen unterteilt werden (siehe Abbildung 1): Auf der einen Seite stehen die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA), also die Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) und die Einstiegsqualifizierung (EQ), auf der anderen die des Landes. Dazu gehören die einjährigen Berufseinstiegsklassen (BEK), die Berufsvorbereitungsjahre, welche in Schleswig-Holstein den Titel Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH) tragen und die BIK-DaZ-Klassen, in die geflüchtete Jugendliche zunächst zum Spracherwerb einmünden. Hinzu kommen die Berufsfachschule Typ I (BFS Typ I) sowie das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (Baethge et al. 2015; Fünderich et al. 2021; Wieck et al. 2019).

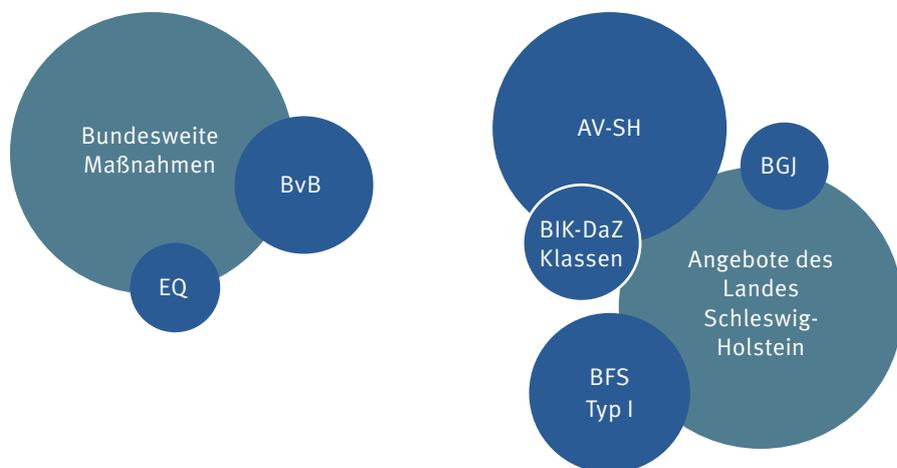


Abbildung 1: Übergangsbereich Schleswig-Holstein, eigene Darstellung³

Mehr als die Hälfte der Einmündungen in den Übergangsbereich entfielen 2021/22 auf die AV-SH (4.467) sowie die BIK-DaZ-Klassen (924). Eine hohe Bedeutung kommt zahlenmäßig auch der Berufsfachschule Typ I (2.250) zu, in die fast ein Viertel der Jugendlichen einmünden. BvB (1.962) und EQ (537) machen zusammen rund 20 % der Einmündungen aus, während das Berufsgrundbildungsjahr in Schleswig-Holstein mit lediglich 216 Einmündungen im Schuljahr 2021/22 nur von einer sehr geringen Anzahl an jungen Menschen in Anspruch genommen wird (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung 2022).

³ Die verschiedenen großen Kreise dienen der Veranschaulichung der Proportionen und beruhen auf eigener Einschätzung, nicht auf der bildlichen Umsetzung der exakten zahlenmäßigen Anteile.

3. Einzelne Bildungsangebote in Schleswig-Holstein und Ansätze von Demokratieförderung

Die Angebote des Übergangsbereiches von Schleswig-Holstein werden nun genauer betrachtet. Die Abschnitte zu den einzelnen Bausteinen des Übergangsbereiches beinhalten auch eine Einordnung ihres Beitrags zur politischen Bildung der Teilnehmenden.

3.1 Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH)

Ab dem Schuljahr 2016/17 sind die Bildungsgänge des Ausbildungsvorbereitenden Jahres (AVJ) und der Berufseinstiegsklassen (BEK) zum neuen Bildungsgang „Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein“ (AV-SH) zusammengeführt worden. Dies sollte dafür sorgen, die Maßnahmen mehr an den individuellen Voraussetzungen, dem Entwicklungsstand und den Interessen der Teilnehmenden auszurichten. Die einjährige Maßnahme richtet sich an berufsschulpflichtige Menschen, denen der Übergang in eine Ausbildung noch nicht gelungen ist. Dieser ist primäres Ziel der Maßnahme, weshalb der Übertritt in eine Ausbildung, duale Berufsvorbereitung (z. B. BvB oder EQ) oder Arbeit jederzeit möglich ist und der Bildungsgang vor Ende des Jahres abgebrochen werden kann. Ebenso ist der Einstieg jederzeit, nicht nur zu Beginn des Schuljahres möglich (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein 2017; Fänderich et al. 2021). Außerdem wird davon ausgegangen, dass sich zugewanderte junge Menschen mit geringen Deutschkenntnissen in der Maßnahme befinden und die „stark differierenden Sprachfähigkeiten zwischen Deutsch-Mutter- und Nicht-Muttersprachler*innen eine besondere Herausforderung darstellen“ (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung 2021, S. 1). Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollen Inhalte einfach und zugänglich vermittelt werden, ohne das Unterrichtsniveau signifikant zu senken, sowie den zugewanderten Jugendlichen bei Bedarf zusätzliche Hilfestellungen angeboten werden. Differenzierungsangebote oder Ausgleichsmaßnahmen sind ebenfalls für Schüler*innen mit Benachteiligungen etwa durch Lese-Rechtschreib-Schwierigkeiten vorgesehen (ebd.)

Das AV-SH setzt gezielt auf kompetenzorientiertes Lernen. Dafür erhalten alle Teilnehmenden bei ihrer Einmündung einen individuellen Ausbildungsvorbereitungsplan (AVP) und werden von Coaches, die durch den Europäischen Sozialfonds finanziert werden, begleitet. Die Schüler*innen sollen ihre eigenen Interessen, Stärken und Potenziale erkennen und so eine fundierte Ausbildungswahl treffen können. Die Maßnahme strebt ein selbstbestimmtes und selbstständiges Lernen an, in dem die Jugendlichen ihre individuellen Lernziele verfolgen und reflektieren können. Der Bildungsgang zielt so nicht nur auf die berufliche Orientierung und Vorbereitung, sondern auch auf die Persönlichkeitsstärkung ab. Der Unterricht ist in Vollzeit gestaltet und soll Theorie und Praxis miteinander in Verbindung setzen (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein 2017; Fänderich et al. 2021). In mehrwöchigen Praktika können die Teilnehmenden verschiedene Berufsfelder und Fähigkeiten ausprobieren und im berufsbezogenen Theorie-Unterricht ihr Wissen vertiefen. Im berufsübergreifenden Unterricht ist neben Deutsch und Kommunikation, Mathematik,

Sport und Gesundheitsförderung und Religionsgespräch auch Wirtschaft und Politik als Fach fest im Lehrplan verankert. Viele der möglichen Themenfelder für das Fach Wirtschaft und Politik beschäftigen sich mit Lebensplanung, Arbeitsverhältnissen und alltäglichem Leben. Allerdings ist es den Lehrenden freigestellt, die Auswahl der Themenbereiche zu erweitern, „sofern dies situationsorientiert der individuellen Unterstützung und Förderung der Jugendlichen im Sinne einer zielgerichteten beruflichen Orientierung bzw. Vorbereitung dient“ (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein 2017, S. 5). Hier besteht das Potenzial, Inhalte politischer Bildung anzubieten, die auf die Unterstützung der Partizipationsmöglichkeiten und Selbstwirksamkeitserfahrungen abzielen. Dies ist nicht nur zentral für die Funktionsweise einer demokratischen Gesellschaft, sondern wirkt sich auch positiv auf eine selbstbewusstere Berufswahlentscheidung aus.

3.2 Berufsintegrationsklassen „Deutsch als Zweitsprache“ (BIK-DaZ-Klassen)

Die BIK-DaZ-Klassen wurden in Reaktion auf die Migrationsbewegungen 2015 gegründet, um Geflüchtete und Schutzsuchende beim Übertritt in den Ausbildungsmarkt zu unterstützen. Sie sind anderen Übergangsmaßnahmen vorgeschaltet, werden aber dennoch zum Übergangsbereich gezählt (Fünderich et al. 2021; 40). Hier können junge Geflüchtete zwischen 16 und 18 Jahren zunächst die deutsche Sprache erlernen, bevor sie in andere Maßnahmen des Übergangsbereiches, insbesondere in die AV-SH, in eine Ausbildung, eine Arbeit oder ein Studium einmünden. Neben Deutsch als Zweitsprache werden Fachunterricht (z. B. Englisch, Gesellschaft, Kultur und Religion oder Sport und Gesundheitsförderung), Themen der Berufsorientierung und praktische Lehreinheiten in den Werkstätten der Schulen unterrichtet. Die Maßnahme dauert in der Regel ein Jahr, kann aber individuell bis zum Erreichen des Sprachniveaus A2 gemäß dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GER) ausgedehnt oder verkürzt werden. Wie in der AV-SH erfolgt die Aufnahme nicht nur zum Schuljahresbeginn, sondern kontinuierlich über das gesamte Schuljahr hinweg (ebd., 45).

3.3 Berufsfachschule Typ I

Die Berufsfachschule umfasst in Schleswig-Holstein drei Typen, von denen nur Typ I dem Übergangsbereich zugeordnet ist. Die Maßnahme erstreckt sich über zwei Jahre und vermittelt eine berufliche Grundbildung, mit der die Jugendlichen ihre Ausbildungsreife stärken und den Mittleren Schulabschluss erwerben können. In einzelnen Fällen, wenn bereits der Bildungsgang AV-SH sowie ein Zusatzunterricht zum Erwerb des Mittleren Schulabschluss besucht worden ist oder wenn bereits eine abgeschlossene Ausbildung vorliegt, können Teilnehmende direkt in das zweite Jahr der BFS Typ I einmünden (Fünderich et al. 2021, 48).

Der Bildungsgang bietet vier Fachrichtungen an: Gesundheit und Ernährung, Nahrung und Gastronomie, Technik und Wirtschaft (Fünderich et al. 2021). In allen Fachrichtungen werden auch die berufsübergreifenden Fächer Deutsch und Kommunikation, Englisch, Religion, Mathematik sowie Wirtschaft und Politik unterrichtet. Dort setzen sich die Teilnehmenden

auch mit Demokratie auseinander – als Lebensform, als Gesellschaftsform, als Herrschaftsform und als globales Projekt. Das Fach soll den Schüler*innen demokratische Handlungskompetenz verleihen und eine reflexive, aktive und prodemokratische Haltung fördern. Demokratieförderung ist fest im Lehrplan verankert:

„Darüber hinaus muss die berufsbildende Schule im Rahmen einer permanenten Reform in der Lage sein, echte Beteiligungsmöglichkeiten zum Einüben und Erproben der demokratischen Handlungskompetenz für die Jugendlichen in der Schule – aber auch außerhalb der Schule – bereitzuhalten, die reale Verantwortungsteilhabe und Verantwortungsübernahme im Sinne einer Beziehungsgemeinschaft ausdrücklich vorsehen.“ (Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein 2008, 12)

Diese demokratische Beteiligung drückt sich u. a. in Schüler*innenvertretungen aus. Im Lehrplan ist außerdem festgeschrieben, dass die Teilnehmenden u. a. Selbstvertrauen, eine kritische Selbsteinschätzung und fundierte eigene Meinungen entwickeln sowie lernen sollen, eigene Ziele zu planen und anzustreben wie auch mit Misserfolgen umzugehen. Zudem werden Sozialkompetenzen etwa für Konfliktbewältigung oder die Zusammenarbeit mit anderen vermittelt. Als Grundlage des Bildungsganges wird die Kooperation aller beteiligten Lehrkräfte einer Klasse bzw. eines Bildungsganges festgeschrieben. Die Lehrkräfte sollen die Arbeitspläne der eigenen Fächer aufeinander abstimmen sowie fächerübergreifende Lernfelder und Projekte planen und auswerten. Gegebenenfalls können auch Schüler*innen Teil der sog. Bildungsgangkonferenzen sein und erhalten so eine Möglichkeit zur Mitbestimmung über die Lehrinhalte und die Schulentwicklung (Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein 2008).

3.4 Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)

Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) ist in Schleswig-Holstein gemessen an der Zahl der Teilnehmenden von geringer Bedeutung. Im Schuljahr 2021/22 befanden sich nur 219 Schüler*innen in der Maßnahme (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung 2022). Das BGJ richtet sich an Jugendliche, die bereits den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss erworben, ihre Vollzeitschulpflicht erfüllt sowie einen Vorvertrag für einen Arbeitsplatz abgeschlossen haben. Nach dem BGJ setzen sie die duale Ausbildung im zweiten Ausbildungsjahr fort. Das BGJ vermittelt theoretische und praktische Kenntnisse im gewählten Beruf durch Unterricht in der Berufsschule sowie Praktika in den zukünftigen Ausbildungsbetrieben. Die Lehrpläne des BGJ sind fächerspezifisch und orientieren sich an den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (KMK). Das Fach Wirtschaft und Politik ist hier verankert und soll auch anteilig im ersten Jahr, also im BGJ vermittelt werden (Kultusministerkonferenz 2021; Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein 2006). Durch diese Verankerung politischer Bildung besteht ein Anknüpfungspunkt für mehr Demokratieförderung.

3.5 Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB)

Die Berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB) richten sich an junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die ihre Vollzeitschulpflicht bereits erfüllt haben. Der Ein- und Austritt in die Maßnahmen ist jederzeit möglich und die Förderdauer beträgt in der Regel bis zu zwölf Monate, auch für Menschen mit Behinderung.⁴ Verlängerungen auf bis zu 24 Monate sind für Menschen mit Behinderung möglich, wenn zu erwarten ist, dass das Ziel der BvB durch die Verlängerung erreichbar ist. Die Maßnahme wird in Vollzeit (39 Stunden) durchgeführt; wenn ein Antrag auf Teilzeit gestellt wird, kann die Wochenstundenzahl auf mindestens 20 Stunden reduziert werden. Nach einem Jahr kann der Hauptschulabschluss erworben werden. Die BvB gilt als erfolgreich, wenn Teilnehmende in Ausbildung oder Arbeit übergehen (Bundesagentur für Arbeit 2022, 6f). Das primäre Ziel der BvB ist die „Vorbereitung und Eingliederung in Berufsausbildung“ (ebd.) bzw. die Aufnahme einer Beschäftigung. Neben der Berufsorientierung, -qualifizierung und dem Erwerb des Hauptschulabschlusses sollen auch Grundkompetenzen wie „Soziale Kompetenzen (z. B. Kommunikation, Kooperation/Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit)“ (ebd., 27) oder „Interkulturelle Kompetenzen (z. B. Verständnis und Toleranz im Umgang mit anderen Kulturen, Traditionen und Religionen sowie die Festigung des Demokratieverständnisses)“ (ebd.) gestärkt werden. Die BA betont die Wichtigkeit einer zielgruppengerechten Ausrichtung der Angebote sowie einer offenen, respektvollen, vertrauensvollen und die Teilnehmenden ernst nehmenden Umgangsweise innerhalb der Angebote. Es sollen die Erfolge der Teilnehmenden gewürdigt werden, was im Interesse einer potenzialorientierten Sichtweise auf die jungen Menschen liegt (ebd.). Insgesamt liegt jedoch der Fokus auf der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Inhalte der politischen Bildung und der Demokratieförderung finden weniger Beachtung. Das zeigt sich unter anderem daran, dass beides in den Fachkonzepten der Bundesagentur für Arbeit für die BvB-Angebote nicht besprochen wird (ebd.). Dementsprechend werden die umsetzenden Träger auch nicht dazu angehalten, politische Bildung oder Demokratieförderung in ihre Angebote aufzunehmen.

3.6 Einstiegsqualifizierung (EQ)

Die Einstiegsqualifizierung richtet sich an Ausbildungsplatzsuchende bis zum 25. Lebensjahr, die zum 30. September jedes Jahres aufgrund individueller oder sozialer Benachteiligungen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Es handelt sich um eine Art sechs- bis zwölfmonatiges Praktikum in einem Betrieb, bei dem die Jugendlichen die Chance haben, ihre Fähigkeiten in der betrieblichen Praxis unter Beweis zu stellen und idealerweise für eine anschließende Ausbildung im Betrieb übernommen werden. Sind die Leistungen in Betrieb und Schule mindestens gut, besteht die Möglichkeit, sich das Jahr auf die Ausbildung anrechnen zu lassen und direkt in das zweite Ausbildungsjahr zu wechseln. Die Unternehmen erhalten dadurch die Gelegenheit, Bewerber*innen anhand ihrer Leistungen im Betrieb anstatt ihrer Schulnoten kennenzulernen. Die Arbeitsagentur leistet einen Zuschuss zur Ver-

⁴ Im vorherigen Förderkonzept, das bis einschließlich 2022 galt, lag die Förderdauer bei in der Regel zehn Monaten mit der Möglichkeit auf Verlängerung auf elf bzw. in Ausnahmen auf 18 Monate für behinderte Menschen (Bundesagentur für Arbeit 2012).

gütung und zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Neben der Arbeit im Betrieb wird in der Regel der Berufsschulunterricht des ersten Ausbildungsjahres besucht, für den (wie beim BGJ, s. o.) die Lehrpläne der Ausbildungen bzw. die Beschlüsse der KMK gelten (Landesportal Schleswig-Holstein 2022; IHK Schleswig-Holstein o.D.). Dementsprechend besuchen Teilnehmer*innen der EQ auch das Berufsschulfach Wirtschaft und Politik. Ein Anknüpfungspunkt für demokratiefördernde Inhalte besteht somit auch hier.

3.7 Weitere Ansätze der Demokratieförderung

Schleswig-Holstein hat keine Landeszentrale für politische Bildung wie die anderen Bundesländer, sondern einen Landesbeauftragten für politische Bildung⁵. Zu den Themen dieses Amtes gehören Extremismusprävention, Medienkompetenz, politische Bildung in Schulen, Schleswig-Holstein und seine Minderheiten sowie Wahlen. Unter politische Bildung in Schulen findet sich verschiedenes Material zu demokratischen Systemen mit einem Fokus auf Schleswig-Holstein. Das Material ist nicht differenziert nach Zielgruppen, sondern lediglich nach Altersstufen. Im Bereich Wahlen wird unter anderem auf die „Juniorwahl“ hingewiesen, die Wahlen an Schulen simuliert, um junge Menschen an das System demokratischer Wahlen heranzuführen. In Zusammenarbeit mit Studierenden der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel werden über das Projekt „jung & wählerisch“ in den Wochen vor der Wahl an Schulen in ganz Schleswig-Holstein Workshops durchgeführt, die Erstwähler*innen zur Wahl motivieren sollen. Bei den Workshops werden zudem Bedenken der Schüler*innen ernst genommen und diskutiert (Landesbeauftragter für politische Bildung o.D.). Inwieweit hier berufliche Schulen bzw. insbesondere Bildungsgänge und Maßnahmen des Übergangsbereiches miteinbezogen werden, ist nicht erkennbar. Dieses Projekt im Übergangssystem fest zu verankern bzw. auszubauen, ist/wäre in jedem Fall ein sinnvoller Beitrag zur Demokratieförderung in diesem Bildungssegment.

Das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) (2022) arbeitet unter anderem mit Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen im Bereich der Demokratieförderung sowie der Extremismusprävention und -intervention zusammen. Es ist angesiedelt beim Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, gefördert durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und koordiniert durch das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung sowie das Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus. Im Bereich der Demokratieförderung zielt die Arbeit des LDZ auf die Stärkung der demokratischen Kultur und die Erprobung neuer Formen der Konflikt- und Problembewältigung. Das LDZ wirkt als Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle auf Landesebene. Zentral ist dabei die Vernetzung staatlicher und nicht-staatlicher Akteur*innen. Auf lokaler Ebene vernetzt das LDZ die (kommunalen) Partnerschaften für Demokratie. In diesen Partnerschaften kooperieren zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit Angehörigen aus der Verwaltung unter Einbezug der Einwohner*innen vor Ort für Demokratie und Vielfalt. Das LDZ fördert zudem verschiedene Fachstellen, die im Bereich Extremismusprävention, -intervention und/oder Demokratieförderung arbeiten, unter anderem die Fachstelle für

5 Für mehr Informationen s. Website des Landesbeauftragten für politische Bildung (Landesbeauftragter für politische Bildung o. D.).

Demokratiepädagogik, die bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) angesiedelt ist. Die AKJS arbeitet unter anderem mit pädagogischen Fachkräften an Schulen und Ausbildungsstätten, mit Auszubildenden und Jugendlichen in Peer-to-Peer-Projekten. Ziel der Fachstelle ist es, Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen fest zu etablieren, wobei explizit auf Selbstbestimmung, Verantwortungsübernahme für das Zusammenleben und Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensentwürfen und Interessen gesetzt wird (Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) 2022). Damit bietet die Fachstelle wertvolle Anknüpfungspunkte für den Ausbau von politischer Bildung und Demokratieförderung in Schleswig-Holstein.

Das bundesweite Netzwerk Lernen durch Engagement (LdE) (o.D.), welches die Veränderung von Unterricht und Lernkultur an Schulen sowie die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft durch praktisches Lernen zum Ziel hat, ist auch in Schleswig-Holstein aktiv. Als Lehr- und Lernform soll LdE den schulischen Unterricht mit dem gesellschaftlichen Engagement von Schüler*innen verbinden. LdE ist kein zusätzliches Fach, sondern ein Ansatz, der das zivilgesellschaftliche Engagement, die demokratische Verantwortungsübernahme und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen stärken soll. In sozialen, politischen, kulturellen, ökonomischen oder ökologischen Projekten können die Schüler*innen im Unterricht Erlerntes und Geplantes gemeinsam mit außerschulischen Engagementpartner*innen im Stadtteil oder in der Gemeinde umsetzen. Unter den 70 Netzwerkschulen in Schleswig-Holstein sind auch ein Berufsbildungszentrum (BBZ) und eine berufliche Schule, welche jeweils verschiedene Übergangsmaßnahmen anbieten (ebd.).

4. Potenziale für mehr Demokratieförderung

Anliegen der Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ ist es, die Vermittlung demokratischer Werte und Haltungen sowie Möglichkeiten der Partizipation an demokratischen Aushandlungsprozessen in den Institutionen des Übergangsbereiches zu stärken. Im vorliegenden Dokument wurden einige Maßnahmen des Übergangsbereiches von Schleswig-Holstein auf ihren Bezug zur Demokratieförderung exemplarisch betrachtet. Wir konnten zeigen, dass in Schleswig-Holstein bereits viele gute Ansätze zur Demokratieförderung in den verschiedenen Maßnahmen des Übergangssektors und darüber hinaus bestehen. Im 5. Ranking Politische Bildung (Gökbudak et al. 2022), das regelmäßig von der Universität Bielefeld veröffentlicht wird, schneidet Schleswig-Holstein in Bezug auf die Wochenstunden politischer Bildung an den Berufsschulen sehr gut ab. Neben Schleswig-Holstein sind nur in Sachsen und Niedersachsen jeweils sechs Wochenstunden für die politische Bildung in der dreijährigen Berufsschule vorgesehen; einzig Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 7,5 Wochenstunden darüber.

Der kompetenzorientierte Ansatz der Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH) mit seiner individuellen, bedarfsgerechten Begleitung der Teilnehmenden und dem Ziel des selbstbestimmten und selbstständigen Lernens bietet viel Potenzial für eine demokratische Lernkultur. Auch in der Berufsfachschule Typ I (BFS Typ I) ist Demokratieförderung im Lehrplan fest verankert. Insbesondere die Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung der Teilnehmenden können als Vorbild für andere Bildungsgänge und Maßnahmen gelten. Vor allem die Maßnahmen der Berufsintegrationsklassen, des Berufsgrundbildungsjahrs und der Einstiegsqualifizierung können sich an der AV-SH oder der BFS Typ I orientieren, um Demokratieförderung zu stärken und zu verankern. Durch weitere Vernetzungen des Landesdemokratiezentrums Schleswig-Holstein sowie des Netzwerks Lernen durch Engagement mit beruflichen Schulen und freien Trägern, an denen Bildungsgänge des Übergangssektors durchgeführt werden, kann der Übergangsbereich profitieren und demokratische Strukturen und Angebote der Demokratieförderung ausbauen. Vorhandene Ansätze und Programme zur Demokratieförderung sollten erweitert, nachhaltig verankert und wenn möglich in Regelstrukturen überführt werden. Hierfür ist auch eine fortlaufende Qualifizierung von Lehrkräften im Bereich der Demokratiebildung vonnöten.

Vernetzung, fachliche Beratung und Qualifizierung von Fachpersonal dienen der systematischen Weiterentwicklung von Bildungsansätzen der Demokratieförderung. Diese im Bereich des Übergangs Schule-Beruf zu verankern, in dem die Möglichkeiten dafür noch nicht ausgeschöpft sind, ist insofern von besonderer Bedeutung, da hier Jugendliche einmünden, die aufgrund ihrer Bildungsbiografie ein eher defizitäres Selbstkonzept haben und bisher wenig positive Selbstwirksamkeitserfahrungen machen konnten. Der Übergangsbereich stellt insofern einen wichtigen Ort der politischen Bildung und der Demokratieförderung dar, an dem Jugendliche zur kritischen Reflexion ihrer Position im Spannungsfeld gesellschaftlicher Verantwortung und individueller Interessen angeregt werden, die Herausforderungen und Chancen einer konsequenten Mitbestimmungskultur erleben sowie die Anerkennung ihrer Perspektiven und Bedürfnisse erfahren können.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019):** Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. 1. Auflage. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung (Schriftenreihe des Netzwerk Bildung, 45).
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: Bertelsmann.
- Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2022):** Bildung in Deutschland 2022. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal. Bielefeld: wbv Publikation (Bildung in Deutschland, 2022).
- Baethge, Martin; Wieck, Markus; Seeber, Susan; Lenz, Beatrice; Michaelis, Christian; Maaz, Kai; Jäger, Daniela Julia; Kühne, Stefan; Wurster, Sebastian (2015):** Länderbericht Schleswig-Holstein. Online verfügbar unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/chance-ausbildung/laendermonitor-berufliche-bildung-2015/laenderberichte/schleswig-holstein>, zuletzt geprüft am 12.11.2022.
- Bertelsmann Stiftung; Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hg.) (2022):** Zukunft ungewiss - Ausbildungsperspektiven von Jugendlichen mit niedriger Schulbildung. Ergebnisse einer Delphi-Befragung. Gütersloh und Berlin.
- Bonfig, Anja; Scaramuzza, Elia (2021):** Heterogenität, Heterogenitätsforschung und politische Bildung – eine theoretische Einordnung. In: Anja Bonfig und Elai Scaramuzza (Hg.): Heterogenität in der politischen Bildung. Frankfurt am Main, S. 7–19.
- Bundesagentur für Arbeit (2012):** Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach §§ 51 ff. SGB III (BvB 1 bis 3) (November 2012). Online verfügbar unter https://www.arbeitsagentur.de/datei/dok_bao29535.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2022.
- Bundesagentur für Arbeit (2022):** Fachkonzept Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen – BvB1 bis 3 – Drittes Sozialgesetzbuch – SGB III §§ 51 ff. SGB III und gem. §§ 117 ff. SGB III i. V. m. §§ 51 ff. SGB III (BA-Zentrale, AM 41, GR 31). Online verfügbar unter https://www.arbeitsagentur.de/datei/fachkonzept-berufsvorbereitende-bildungsmassnahmen-bvb1-3_bao36685.pdf, zuletzt geprüft am 14.11.2022.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (o. D.):** Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE). Online verfügbar unter <https://www.bibb.de/de/11563.php>, zuletzt geprüft am 15.11.2022.
- Calmbach, Mark; Flaig, Bodo; Edwards, James; Möller-Slawinski, Heide; Borchard, Inga; Schleer, Christoph (2020):** Wie ticken Jugendliche? 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn (SINUS-Jugendstudie, 10431). Online verfügbar unter <https://www.sinus-institut.de/media-center/studien/wie-ticken-jugendliche-2020>, zuletzt geprüft am 03.11.2022.
- Destatis (2023):** Anfängerzahl in Bildungsprogrammen zwischen Schule und Ausbildung im Jahr 2022 erstmals seit 2016 wieder gestiegen. Gut 6 % mehr Personen als im Vorjahr beginnen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich (112). Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_112_212.html, zuletzt geprüft am 24.03.2023.

- Dohmen, Dieter; Bayreuther, Tamara; Sandau, Matthias (2023):** Monitor Ausbildungschancen 2023. Gesamtbericht Deutschland. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter www.chance-ausbildung.de/MonitorBund, zuletzt geprüft am 16.02.2023.
- Eckelt, Marcus (2021):** Übergänge in Ausbildung besonders gefährdet. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie im Licht der statistischen Bildungsberichterstattung. In: Marianne Frieze und Rita Meyer (Hg.): Berufsorientierung im Kontext des Lebenslangen Lernens, Bd. 189. Detmold: Eusl-Verlagsgesellschaft mbH (berufsbildung – Zeitschrift für Theorie-Praxis-Dialog, 189), S. 45–48.
- Enggruber, Ruth; Neises, Frank; Oehme, Andreas; Palleit, Leander; Schröer, Wolfgang; Tillmann, Frank (2021):** Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Für ein inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive. Expertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. Hg. v. Der Paritätische Gesamtverband. Berlin/Bonn/Düsseldorf/Halle/Hildesheim. Online verfügbar unter https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/expertise_uebergang-schule-beruf_2021.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2022.
- Fünderich, Kirk; Fey, Martine; Gaede, Lorenz; Klawe, Christine; Christense, Björn; Steglich, Frauke (2021):** Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein 2020. Integrierte Ausbildungsberichterstattung für Schleswig-Holstein 2020. Hg. v. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. Kiel (19/5921).
- Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold; Hagedorn, Udo (2022):** 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich. Hg. v. Udo Hagedorn und Bettina Zurstrassen. Universität Bielefeld. Bielefeld (AB 9 Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, No. 13 / 2022). Online verfügbar unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2967744/2967753/Ranking_Politische-Bildung_Nr_5_2022.pdf, zuletzt geprüft am 11.11.2022.
- IHK Schleswig-Holstein (o. D.):** Einstiegsqualifizierung. Online verfügbar unter <https://www.ihk.de/schleswig-holstein/bildung/ausbildung/unternehmen/einstiegsqualifizierung-1380194>, zuletzt geprüft am 14.11.2022.
- Kultusministerkonferenz (2021):** Rahmenvereinbarung über die Berufsschule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.03.2015 i. d. F. vom 09.09.2021. Berlin/Bonn (Beschlussammlung der KMK, 323). Online verfügbar unter https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_03_12-RV-Berufsschule.pdf, zuletzt geprüft am 14.11.2022.
- Landesbeauftragter für politische Bildung (o. D.):** Der Landesbeauftragte für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.politische-bildung.sh/>, zuletzt geprüft am 10.11.2022.
- Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ) (2022):** Demokratie fördern, Extremismus bekämpfen. 3. aktualisierte Auflage. Kiel.
- Landesportal Schleswig-Holstein (2021):** Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein. Online verfügbar unter <https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/A/ausbildung/jugendberufsagentur.html>, zuletzt geprüft am 04.11.2022.
- Landesportal Schleswig-Holstein (2022):** Berufliche Bildung. Berufsschule. Online verfügbar unter <https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/B/beruflichebildung/berufsschule.html>, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

Lernen durch Engagement (LdE) (o. D.): LDE-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein.

Online verfügbar unter <https://lde-sh.de/>, zuletzt geprüft am 16.11.2022.

Michaelis, Christian; Busse, Robin; Seeber, Susan; Eckelt, Marcus (2022): Nachschulische Bildungsverläufe in Deutschland. Schulentlassene zwischen institutionalisierten Idealwegen und schwierigen Umwegen. Hg. v. Marianne Friese, Klaus Jenewein, Susan Seeber und Lars Windelband. wbv. Bielefeld (Berufsbildung, Arbeit und Innovation, 72).

Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein (2006): Lehrplan für die Berufsschule. BGJ Berufsfeld Holztechnik (3024.051). Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/SHIBB/Themen/Themenfelder/Lehrplanportal/Berufsschule/_documents/_downloads/Berufsbezogen/bs_bgj_holztechnik_kmk.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

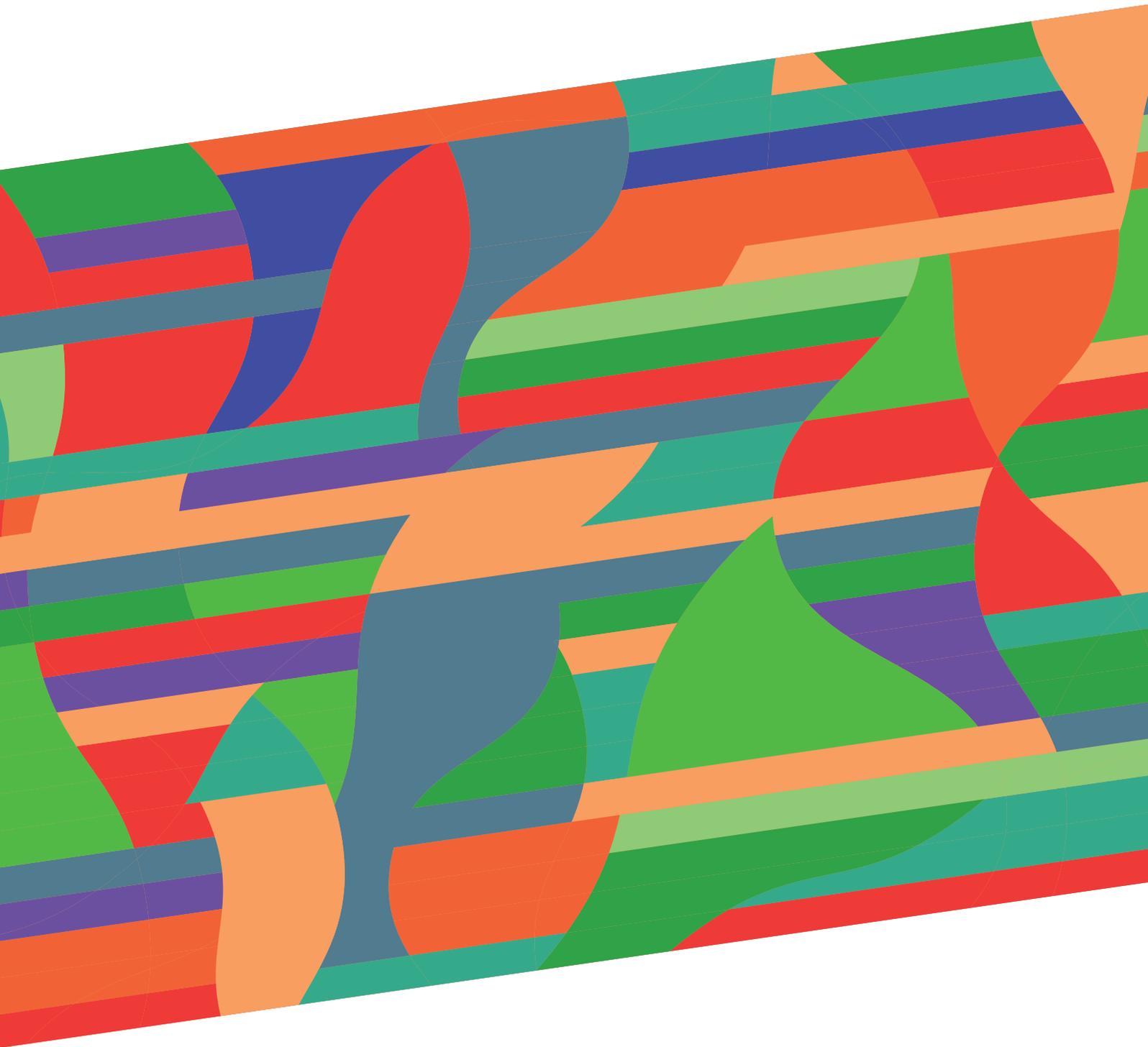
Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein (2008): Lehrplan für die Berufsfachschule I. Wirtschaft/Politik (alle Fachrichtungen). Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/SHIBB/Themen/Themenfelder/Lehrplanportal/Berufsfachschule/BFS1/_documents/_downloads/bfs_i_wipo_lp.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein (2017): Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH). Handreichung für die Berufsschule. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/SHIBB/Themen/Themenfelder/Lehrplanportal/Berufsschule/_documents/_downloads/Ausbildungsvorbereitung/av-sh_hr_o8-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (2021): Lehrplan für die Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein (AV-SH) Deutsch. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/SHIBB/Themen/Themenfelder/Lehrplanportal/Berufsschule/_documents/_downloads/Ausbildungsvorbereitung/av-sh_lp_Deutsch_o8-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 11.11.2022.

- Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (2022):** Integrierte Ausbildungsberichterstattung Schleswig-Holstein (iABE-SH). Online verfügbar unter <https://experience.arcgis.com/experience/f4656ce81175436ca32fo2c3ada99745/page/Startseite/>, zuletzt geprüft am 14.11.2022.
- Vodafone Stiftung Deutschland (2022):** Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Eine Befragung im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Hg. v. Vodafone Stiftung Deutschland. Düsseldorf.
- Wieck, Markus; Seeber, Susan; Baethge-Kinsky, Volker; Geiser, Patrick; Busse, Robin; Michaelis, Christian; Boschke, Vanessa (2019):** Länderbericht berufliche Bildung 2019. In: Ländermonitor berufliche Bildung 2019. Ein Vergleich der Bundesländer mit vertiefender Analyse zu Passungsproblemen im dualen System. Bielefeld, S. 350–365.
- Wieland, Clemens (2021):** Den Übergang Schule – Beruf während Corona erleben. Pläne, Probleme und Perspektiven junger Menschen in Zeiten der Pandemie. Hg. v. Servicestelle Jugendberufsagenturen. Online verfügbar unter <https://www.servicestelle-jba.de/wws/9.php#/wws/gastbeitrag-uebergang-in-corona-zeiten.php>, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

Notizen



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert von



Robert Bosch
Stiftung